

aktuell



Europa:

Faymann-Erfolg bei Spekulationssteuer

Vor zehn Jahren, im Jänner 2001, wurde das Wochenmagazin der SPÖ von „Freitag aktuell“ in „SPÖ Aktuell“ umbenannt. Damals wurde auch das Layout des Magazins für Meinungsbildner in der SPÖ letztmals verändert. Zeit, das Erscheinungsbild ein wenig aufzufrischen. Sie halten das erste „SPÖ Aktuell“ mit neu gestaltetem Cover in Händen.

Neues wollen wir freilich auch im Heftinneren bieten: Ab sofort berichten wir wöchentlich auf einer eigenen Doppelseite über die Arbeit der SPÖ-Parlamentarier. Mehr dazu ab Seite 8. Weitere inhaltliche Änderungen in „SPÖ Aktuell“ sind in den nächsten Monaten geplant.

Das Abo von „SPÖ Aktuell“ kostet 23 Euro für mehr als 40 Ausgaben pro Jahr. Wer den Erlagschein noch im März einzahlt, nimmt automatisch an der Verlosung von 100 Büchern teil. Wir bedanken uns schon jetzt für das Vertrauen und wünschen viel Spaß beim Lesen!

Marcin Kotlowski
SPÖ Kommunikationsleiter

Thomas Geiblinger
Leiter SPÖ Pressedienst

Für das Team von „SPÖ Aktuell“

Highlights der Woche

Spekulationssteuer	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	5
„SPÖ Aktuell“-Bücherverlosung	7
Kreisky-Serie Teil 8	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Elke Ferner	14

THEMEN DER WOCHE

Hausarbeit ist Frauensache

Arbeit im Haushalt pro Tag



Weit entfernt von Halbe-Halbe

Der Alltag von Frauen ist auch bei der Hausarbeit weit entfernt vom Ideal des Halbe-Halbe. Aktuelle Zahlen zeigen, dass der Großteil der Hausarbeit nach wie vor auf den Schultern der Frauen lastet. Zwei Drittel der Arbeit daheim wird von Frauen geleistet. ♦

Bilderbox



ÖVP verteilt
Steuer-
zuckerl
an Groß-
bauern.

SPÖ gegen VP-Alleingang

Mit der Erhöhung des Einheitswertes von 65.500 auf 100.000 Euro hat Finanzminister Pröll – ohne vorherige Absprache mit der SPÖ – eine deutliche Steuererleichterung für Großbauern umgesetzt. SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner will nun in einer parlamentarischen Anfrage wissen, warum dieses Steuergeschenk ohne Einbeziehung der SPÖ zur Begutachtung erlassen wurde. ♦



SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck will Spenden für Tierschutzorganisationen künftig absetzbar machen.

Steuer-Bonus für Tierschutz

SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer sehen gute Gründe für eine Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit auf Tierschutzorganisationen. „Die Tierschutzorganisationen dürfen uns nicht weniger wert sein als Umwelt- oder Blaulichtorganisationen“, so Keck. Als „grundsätzlich positiv“ bezeichnet auch Krainer den Begutachtungsentwurf zur Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit. Der SPÖ-Finanzsprecher verweist in diesem Zusammenhang aber auf die noch fehlende Evaluierung des zuständigen Prüfungsbeirates. ♦

Zitat der Woche

„Das ist eine nationale Angelegenheit und ich stehe nicht zur Verfügung, statt 65 eine andere Zahl hinzuschreiben. Das löst überhaupt keine Probleme.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter

Einkommenstransparenz: SPÖ geht mit gutem Beispiel voran

Obwohl die SPÖ-Bundesgeschäftsstelle mit weniger als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesetzlich nicht dazu verpflichtet ist, wird ein Einkommensbericht erstellt.

Die verpflichtende Einkommenstransparenz für Betriebe über 1.000 Mitarbeiter, die am 1. März in Kraft getreten ist, wird aufzeigen, wo es Ungerechtigkeiten in der Bezahlung von Männern und Frauen gibt. Die SPÖ-Bundesgeschäftsstelle geht in Sachen Einkommenstransparenz mit gutem Beispiel voran. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz kündigten an, einen Einkommensbericht der SPÖ-

Bundesgeschäftsstelle zu erstellen und im Falle von Ungerechtigkeiten an der Beseitigung dieser zu arbeiten. „Die Einkommenstransparenz ist ein wichtiger und notwendiger Schritt in Richtung gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, so Heinisch-Hosek. „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und sind gerade dabei, die notwendigen Vorarbeiten zu leisten“, erklärt Rudas. ♦

Die SPÖ wird genau prüfen, ob ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gleiche Arbeit auch gleich entlohnt werden.

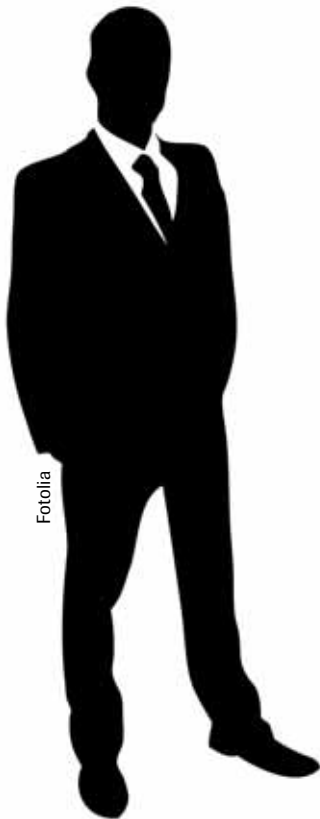




STANDPUNKT

Von Männern mit guten Ratschlägen Und brauchen wir noch mehr Herbert Haupts?

Der Chefredakteur des Raiffeisen-Blattes „Kurier“ gibt Politikerinnen anlässlich des Frauentags den guten Tipp, doch mit mehr Mut zu agieren. Aus gegebenem Anlass einige gute Ratschläge, wie man mit mehr Mut zur Eigenständigkeit eine gute Zeitung machen könnte.



Fotolia

Das brauchen wir nicht: Männer, die uns erklären, wie man als Frau zu sein hat.

Immer mehr Männervereine abseits der tradierten Formen wie Aufsichtsräte, Freimaurerlogen und Burschenschaften formieren sich neu. Denn Männer fühlen sich in den letzten Jahren in den unterschiedlichsten Zusammenhängen zunehmend diskriminierter. Seit neuestem, sehen wir von der „Ära“ Herbert Haupts einmal ab, sind Männer sogar die besseren Frauenpolitiker.

Männer erklären uns Frauen, wie man richtig Frau zu sein hat, insbesondere in der

Politik. Diese Männer sprechen uns Mut zu, uns doch mehr zu trauen, wir sollten eigenständiger agieren. Es sind ausgerechnet Männer wie der „Kurier“-Chefredakteur, die uns diese guten Tipps geben. Brauchen wir das wirklich?

Anlässlich des Frauentags erschien in der Raiffeisen-Zeitung „Kurier“ ein Kommentar des Chefredakteurs. In wenigen Zeilen erklärt er uns Politikerinnen die Welt. Er rät der Frauenministerin zu mehr Mut und uns allen zur Befreiung von parteiideologischen Scheuklappen. Als ob Politik nicht vornehmlich etwas mit Überzeugungen zu tun hätte. Immerhin macht sich ein Chefredakteur von Raiffeisens Gnaden Gedanken über progressive Frauenpolitik – wenn das nicht mutig ist!

Ganz im Ernst: Wir brauchen solche Tipps nicht. Die Frauen in der SPÖ zeigen seit Jahrzehnten, wie man Frauenpolitik macht. Wir haben wichtige Meilensteine gemeinsam durchgesetzt, von der Fristenregelung der siebziger Jahre bis zur Einkommenstransparenz in der Gegenwart. Apropos Einkommenstransparenz: Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und dem „Kurier“-Chefredakteur ein paar gute Tipps zurückgeben.

Wie wäre es mit Einkommenstransparenz beim Kurier? Die SPÖ zeigt gerne vor, wie das geht. Wie wäre es überdies damit, nicht nur am Frauentag die eigene Zeitung in dekoratives „Frauen“-Pink zu tauchen, sondern sich das ganze Jahr lang mit Frauenthemen zu beschäftigen?

Herr Chefredakteur, glauben Sie uns, Frauenpolitik können wir besser. Aber wenn wir schon beim Mut sind: Seien Sie doch selbst mutig. Nur weil die VP-Zentrale mit Unterstützung von Raiffeisen – aus welchen Gründen auch immer – am derzeitigen

„Die Frauen in der SPÖ zeigen seit Jahrzehnten, wie man Frauenpolitik macht. Wir haben wichtige Meilensteine gemeinsam durchgesetzt, von der Fristenregelung der siebziger Jahre bis zur Einkommenstransparenz in der Gegenwart.“

gen Wehrpflichtsystem festhält, kann man als unabhängige Zeitung doch trotzdem ausgewogen über dieses Thema berichten. Warum, Herr Chefredakteur, trauen Sie sich nicht zu sagen: „Ihr betreibt eine Bank, wir eine unabhängige Tageszeitung!“

Dann könnte Schluss sein mit dieser unglaubwürdigen Kampagne, quasi auf Knopfdruck der VP-Zentrale – zur Beibehaltung eines Reliktes aus alten Zeiten, in denen sich die Sicherheitsfrage am freien Feld entschieden hat. Dann müsste auch nicht gegen einen Minister kampagnisiert werden, der Reformwillen zeigt und für Veränderung eintritt. Zeigen Sie ihren Eigentümern und der VP-Zentrale, dass Sie der Chef im Haus sind, Herr Chefredakteur. Machen Sie sich nicht zum Instrument einer Kampagne, die den Lesern weismachen möchte, die Umstellung der Wehrpflicht hin zu einem System von Berufs- und Milizsoldaten führe unweigerlich zum Weltuntergang. Denn wir wissen doch, dass Sie es besser wissen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



WIRTSCHAFT

Etappensieg bei Finanz

Seit Monaten macht Bundeskanzler Werner Faymann in der EU Druck für eine Finanztransaktionssteuer (FTS). Jetzt gelang ein wichtiger Etappensieg: Nicht nur die sozialdemokratischen Parteichefs und Deutschlands Kanzlerin, auch das EU-Parlament hat sich mit Mehrheit für eine solche Steuer ausgesprochen.



Bundeskanzler Werner Faymann machte sich beim Treffen der Europäischen Sozialdemokraten in Athen, das im Vorfeld der Abstimmung des EU-Parlaments stattfand, erfolgreich für eine europaweite Finanztransaktionssteuer stark.

„Ein wesentlicher Beitrag für mehr Gerechtigkeit im Finanzbereich“

EU-Abgeordnete Evelyn Regner zur Finanztransaktionssteuer

Die Abstimmung im Europaparlament (EP) am 8. März war mit Spannung erwartet worden: Schließlich haben im EP die Konservativen und Liberalen eine Mehrheit. Umso erfreulicher das Ergebnis: Mit 529 Pro und 127-Contra-Stimmen nahmen die Europaparlamentarier einen Bericht über „innovative Finanzierung auf globaler und europäischer Ebene“ an und gaben damit ein eindeutiges Votum für eine Steuer auf Finanztransaktionen ab. Für SPÖ-



Knie Europaabgeordnete Evelyn Regner „ein wesentlicher Schritt für mehr Gerechtigkeit im Finanzbereich“. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder sieht den Ball jetzt bei der EU-Kommission: Sie ist politisch gefordert, möglichst rasch einen Legislativvorschlag vorzulegen. „Ich bin überzeugt, dass die europäischen Abgeordneten sich nicht mit

laschen Ausreden vertrösten lassen werden. Die EU-Kommission hat die Verantwortung, jetzt Taten zu setzen“, so Schieder. Und auch SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer fordert von der EU-Kommission, das klare Votum im EP ernst zu nehmen und einen Vorschlag für die Finanztransaktionssteuer auf den Tisch zu legen.

Erfolg für Sozialdemokratie

Die Abstimmung im EP ist jedenfalls ein wichtiger Etappensieg für Europas Sozialdemokratie, die schon seit längerem eine solche Steuer fordert. Unter den Staats- und Regierungschefs ist Bundeskanzler Werner Faymann ein Vorkämpfer für ein gerechteres Steuersystem und eine Stabilisierung der Finanzmärkte. Mit Erfolg: Bei der Konferenz der sozialdemokratischen Parteichefs in Athen Anfang März hatten sich diese auf die Forderung nach rascher Einführung einer Steuer von 0,05 Prozent auf Finanztransaktionen geeinigt. Werner Faymann hatte sich dabei dafür eingesetzt, dass in der Erklärung die ursprüngliche „Kann-Maßnahme“ in eine definitive Forderung überarbeitet wurde.

Und auch bei seinem Arbeitsbesuch bei Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel in

transaktionssteuer

Berlin konnte er sich deren Unterstützung sichern. „Deutschland und Österreich haben sich darauf verständigt, dass das Thema Finanztransaktionssteuer weiter vorangetrieben werden muss“, so die beiden Regierungschefs.

Nicht zuletzt mit der Abstimmung im Europaparlament hat das Thema nun neue Dynamik bekommen: „Bei den kommenden EU-Gipfeln wird die Finanztransaktionssteuer sicher Thema sein“, ist Kanzler Werner Faymann überzeugt. ♦

INFO

Finanztransaktionssteuer (FTS)

Eine Steuer auf alle Arten von Finanztransaktionen hat v.a. zwei Ziele: Zum einen die Stabilisierung der Finanzmärkte durch die Verringerung kurzfristiger, hochriskanter Finanzgeschäfte. Das bekannteste Modell einer FTS ist die so genannte „Tobin Tax“, die schon 1972 vom US-amerikanischen Ökonomen James Tobin vorgeschlagen wurde. Tobin wollte durch eine weltweite niedrige Steuer auf sämtliche internationale Devisentransaktionen die kurzfristige Spekulation auf Währungsschwankungen eindämmen.

Zum anderen sollen die Finanzmärkte durch eine FTS einen finanziellen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Schließlich waren sie auch Auslöser der Krise. So könnten die Staatshaushalte – durch die Kosten der Krise ohnehin unter Druck – entlastet werden. Schon ein geringer Steuersatz von 0,01 bis 0,05 Prozent wäre ein wesentlicher Beitrag zur Konsolidierung der EU-Budgets.

Berechnungen gehen davon aus, dass bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent die Einnahmen für die gesamte EU bei 110 bis 250 Milliarden Euro liegen. Bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent wären es 80 Milliarden. Für Österreich würde eine FTS – je nach Steuersatz – 500 Mio. bis 1,1 Mrd. Euro bringen.

INTERVIEW

„Die Finanztransaktionssteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit“

Bundeskanzler Werner Faymann spricht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer, den Kampf gegen Spekulation und die Bewahrung des österreichischen Wegs in der Lohnpolitik.



Warum braucht Europa eine Finanztransaktionssteuer?

Faymann: Sie ist für mich auch eine Frage der Gerechtigkeit. Die Krise wurde von den Banken und Spekulanten verursacht, und sie hat alle Steuerzahler viel Geld gekostet.

Was soll mit dem durch die Finanztransaktionssteuer eingenommenen Mitteln passieren?

Bundeskanzler Werner Faymann im Gespräch: „Die Mehrheit der Menschen ist für eine Spekulationssteuer.“

„SPÖ Aktuell“: Die Finanztransaktionssteuer hatte bis vor kurzem nur wenige Anhänger auf europäischer Ebene. Wie kam es zur Trendumkehr, die wir jetzt deutlich mit der breiten Zustimmung im Europäischen Parlament gesehen haben?

Werner Faymann: Eine europäische Finanztransaktionssteuer ist ein wirksames Mittel im Kampf gegen Spekulation. Diese Überzeugung habe ich immer vertreten und mich dafür eingesetzt. In der Vorwoche hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel ihre Unterstützung zugesagt, dann haben sich die Europäischen Sozialdemokraten auf die Forderung nach einer europaweiten Finanztransaktionssteuer geeinigt und letztlich hat sich auch der französische Ministerpräsident Sarkozy positiv dazu geäußert. Die wirklich breite und erfreuliche Zustimmung im Europäischen Parlament ist auch ein Hinweis darauf, dass die Mehrheit der Menschen in Europa dafür ist, dass der Finanzsektor und die Spekulanten endlich ihren Beitrag leisten. Vor gar nicht so langer Zeit war Österreich mit dieser Position noch so gut wie allein.

Faymann: Die aus einer Finanztransaktionssteuer kommenden Geldmittel können vom Staat für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut sowie für Zukunftsinvestitionen wie Bildung verwendet werden. Aber auch Gesundheit, Klimawandel und Entwicklungshilfe sind Bereiche, die von einer Einführung profitieren. Das sind heute unsere wichtigsten Aufgaben, die wir am besten durch gemeinsames Vorgehen und mit gemeinsamen Mitteln bewältigen können. Langfristig wäre eine globale Finanztransaktionssteuer die beste Lösung.

Wie geht es mit dem europäischen Wettbewerbspakt weiter?

Faymann: Alle Maßnahmen, die die Transparenz erhöhen, die sich im Bereich Forschung und Bildung abstimmen, um Europa im internationalen Wettbewerb besser zu positionieren, befürworte ich. Ich sage dazu aber klipp und klar: Entscheidungen über Löhne und Pensionen sind weiterhin im Land zu treffen. Die Löhne müssen weiterhin von den Sozialpartnern verhandelt werden und auch das Pensionsalter ist und bleibt eine Entscheidung Österreichs. ♦

FTI-STRATEGIE

Bis 2020 zum Innovation-Leader

Infrastrukturministerin Doris Bures und Bildungsministerin Claudia Schmied haben die Strategie für Forschung, Technologie und Innovation präsentiert, die Österreich vom Innovations-„Follower“ zum „Leader“ machen soll.

Wir brauchen eine ganzheitliche, gemeinsame Strategie, die klare Ziele und Maßnahmen definiert, um nachhaltig die Attraktivität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Österreich zu sichern“, so Bures bei der Präsentation der FTI-Strategie. Ein konkreter Schritt besteht darin, „Struktur, Organisation und Zusammenarbeit zu verbessern“, um „aus jedem Förder-Euro noch mehr herauszuholen“, sagte Bures.

Als weitere Ziele ihres Ministeriums nannte die Infrastrukturministerin unter anderem die verstärkte Förderung junger Menschen und Frauen. Dafür sind bereits erfolgreiche Maßnahmen gesetzt worden, etwa durch Förderung von Forschungspraktika oder Berücksichtigung



Infrastrukturministerin Bures, Wissenschaftsministerin Karl, Wirtschaftsminister Mitterlehner und Bildungsministerin Schmied bei der gemeinsamen Präsentation der FTI-Strategie.

von Gender-Aspekten bei Projektanträgen. Das Bundesministerium für Verkehr, Inno-

vation und Technologie hat außerdem die Mittel für die angewandte Forschung um 5 Prozent auf 420 Millionen erhöht, unterstrich Bures.

Interesse für Forschung wecken

Die Basis dafür, dass Österreich zum Innovation-Leader aufsteigen kann, ist die Bildung, betonte Schmied. Es bedarf einer „gemeinsamen Kraftanstrengung der ganzen Regierung“, um die nötigen Reformen im Bildungsbereich – von der Frühkindpädagogik bis zu den Universitäten – umzusetzen. Die Ministerin betonte: „Es muss in Zukunft besser gelingen, Menschen entlang ihrer Begabungen zu fördern sowie ihre Interessen für die Forschung zu wecken.“

TRANSPARENZ

Werbeausgaben werden veröffentlicht

Regierung, Öffentliche Institutionen und staatsnahe Betriebe sollen künftig Werbeausgaben ab 1.000 Euro offenlegen.



Ab 1. Juli sollen Regierungsausgaben für Zeitungsinserate offengelegt werden.

Wir haben uns heute auf die verpflichtende Offenlegung von Ausgaben für Inserate in Medienunternehmen geeinigt“, berichtete

sowie auch staatsnahe Unternehmen. Veröffentlicht werden sollen überdies auch die öffentlichen Förderungen für Medienunternehmungen.

Fotolia Bundeskanzler Werner Faymann nach der Ministerratsitzung, bei der der Entwurf zur Transparenz der Inserate und Anzeigen, die für Medien vergeben werden, beschlossen wurde. Davon betroffen werden alle Organe sein, die auch vom Rechnungshof geprüft werden, also zum Beispiel alle Ministerien, die Bundesländer, größere Gemeinden, Institutionen mit Pflichtmitgliedschaft wie die Kammern für Arbeit, Wirtschaft oder Landwirtschaft,

Veröffentlichung zwei Mal jährlich

„Wir stehen für mehr Transparenz, dieses Gesetz wird der Bevölkerung zeigen, dass alles mit rechten Dingen zugeht“, betonte Bundeskanzler Faymann. Mit dem vorliegenden Entwurf zur Anzeigenveröffentlichung ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu mehr Transparenz getan worden, der die bisherigen Bemühungen der Regierung logisch fortsetzt. Konsequenterweise ist im Entwurf zur Transparenz bei der Inseratenvergabe in Medien vorgesehen, dass zwei Mal jährlich ein öffentlicher Überblick über die Ausgaben auf der Homepage des Bundeskanzleramts veröffentlicht wird. Die Regelung soll mit 1. Juli in Kraft treten und betrifft Beiträge über 1.000 Euro.

VERLOSUNG

100 Bücher für unsere Leser

Wie im Begleitbrief zu dieser Ausgabe angekündigt, werden wir unter den Abonnenten bis Ende März 100 Bücher verlosen.

Unter allen Leserinnen und Lesern, die noch vor Ende März ihr Abo (23 Euro) einbezahlen, werden 100 Bücherverlost. Am Zahlschein, der mit dem Begleitbrief mitgeliefert wurde, kann der Buchwunsch angekreuzt werden. Es stehen folgende drei interessante Bücher zur Auswahl:

der eine enorme Bereicherung darstellt, selten im Vordergrund. Dazu gibt es u.a. Beiträge von Elfriede Hammerl, Alfred Dorfer, Sibylle Hamann, Florian Scheuba und Experten. Herausgegeben von Patrice Fuchs.

entstand im Vorjahr, anlässlich des 120-jährigen Jubiläums der ersten Maifeier 1890. Herausgegeben wurde er von Wolfgang Maderthaner und Michaela Maier.



Warum Kindergärten Kindern gut tun

Wenn über Vor- und Nachteile von Kindergärten diskutiert wird, steht die Tatsache, dass der Kindergartenbesuch für die Kin-



Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein

„Acht Stunden Arbeit. Acht Stunden Schlaf. Acht Stunden Muße“, so der sozialdemokratische Vordenker Otto Bauer. Der Band



Frauen im Netzwerk der IKT

Wie Frauen die Männerdomäne Informations- und Kommunikationstechnologie erobern, beschäftigt Barbara Novak und Karoline Simonitsch, zwei Expertinnen der Informations- und Kommunikationstechnologie. Sie haben 15 Tiefeninterviews mit prominenten „IKT Frauen“ geführt. ♦

KLIMA

Mit weniger Energie mehr bewegen

Infrastrukturministerin Doris Bures hat die Schwerpunkte des Klima- und Energiefonds 2011 präsentiert.

Rund ein Viertel des Energieverbrauchs lässt sich durch höhere Energieeffizienz einsparen. Ziel ist es daher „mit weniger Energieverbrauch mehr zu bewegen“, so Bures. Seit 2007 wurden mit dem Klima- und Energiefonds bereits 28.000 zukunftsweisende Projekte unterstützt. Heuer werden knapp 150 Millionen Euro an Fördervolumen zur Verfügung gestellt. Die Schwerpunkte für das laufende Jahr, das unter dem Motto „Zero

Emission Austria“ steht, liegen in den Bereichen Modelle und Regionen, Energieeffizienz und Bewusstseinsbildung. Der Klimaschutz ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit dem Fonds investiere man daher auch „in die Stärkung des heimischen Wirtschafts- und Forschungsstandorts“, betonte Bures. ♦

Infrastrukturministerin Doris Bures:
150 Mio. Euro Fördervolumen
für 2011



Rigaud

TIERSCHUTZ

Kastenhaltung von Schweinen soll verboten werden

Säue werden bei der Kastenhaltung im Schnitt 140 bis 365 Tage im Jahr auf engstem Raum eingepfercht. Tierschutzminister Alois Stöger will diese Tierquälerei verbieten.

Die Kastenhaltung ist nicht tiergerecht und muss daher im Sinne des Tierschutzes geändert werden“, betonte Stöger, der daher eine Novelle der Tierhaltungsverordnung in Begutachtung geschickt hat. In Zukunft soll die sogenannte Kastenhaltung nur noch in Spezialfällen, während der Deckzeit und in Ausnahmefällen während der Geburtsphase, möglich sein. SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner begrüßt den Vorstoß Stögers. Er betonte, dass ein Ende der Kastenhaltung nicht nur dem Tierschutz, sondern auch der Qualität der Lebensmittel dient. Die Herstellung von hochqualitativen Produkten ist eine wichtige

Strategie für die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft. ♦



Fotolia

Den Tieren zuliebe:
Österreichweites Verbot
der Kastenhaltung von
Schweinen.

FRAUENTAG

Hohes Haus im Zeichen der Frauenpolitik

Im Vorfeld des 100-jährigen Jubiläums des internationalen Frauentags am 8. März lud Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ins Hohe Haus, um frauenpolitische Themen auf unterschiedlichste Weise zu beleuchten.

Öt



Der Einladung von Barbara Prammer folgten unter anderem: Verkehrsministerin Doris Bures, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm und SPÖ-Sprecherin für globale Entwicklung, Petra Bayr.

bot sich ein reichhaltiges Rahmenprogramm: Neben Großgruppendifkussionen zu verschiedenen Themen wie „Frauen und Politik“ oder „Frauen und Wirtschaft“, einem DJane-Workshop und einem Speakers-Corner konnte mit Frauen aus Kunst, Kultur, Wirtschaft, Sport und Politik debattiert werden. Ein Teil des Programms war die Diskussion der Frauensprecherinnen aller im Parlament vertretenen Parteien über aktuelle Herausforderungen für Frauen in der Politik. Dabei beschäftigte man sich unter anderem mit der Frage nach geeigneten Förderinstrumenten für Jungpolitikerinnen. SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm betonte hierzu: „Die Hälfte der Welt den Frauen. Die Hälfte der Familie den Männern.“ ♦

Der Tag wurde von Prammer gemeinsam mit den Plattformen „Frau in der Wirtschaft“ (WKÖ), „Frauennetzwerk Medien“ und „Österrei-

chischer Frauenring“ gestaltet und hatte das Ziel, das Leben von Frauen in Österreich widerzuspiegeln. Den zahlreichen Frauen, die der Einladung gefolgt waren,

SPORT

Mehr Bewegung an den Schulen

SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist stellte sich im Rahmen einer Diskussion mit dem „Panathlon International Club Wien“ die Frage, welche Möglichkeiten die Ganztagschule für den Sport bietet.

Wir sollten bei der Diskussion über künftige Schulformen und neue Stundenpläne die Chance nützen und gleichzeitig mehr Angebote an Bewegung und Sport schaffen“, betonte Krist. Aus seiner Sicht würden ganztägige Schulangebote eine Vielzahl an Möglichkeiten für mehr Sport bieten, wie etwa eine „tägliche Bewegungseinheit“. Auch die Präsidentin des Panathlon International Club Wien (Verein zur Förderung des Sport-Images), Trixi Schuba, sprach sich für mehr Sportangebote an den Schulen aus. ♦



Öt

SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist diskutierte mit Trixi Schuba (Panathlon International Club Wien) und dem Grünen Dieter Brosz über die Verbindung von Schule und Sport.



WIRTSCHAFT

Vollstreckbare Steuerschulden einheben

Österreichs Unternehmen schulden dem Staat 1,34 Milliarden Euro Steuern. Das geht aus einer Anfrage von SPÖ-Nationalratsabgeordneten Johann Maier hervor.



SPÖ

SPÖ-Nationalratsabgeordneter Johann Maier: Der Rückgang der Steuerschulden österreichischer Unternehmen zeigt, dass die Maßnahmen der Regierung wirken.

men, allen voran die Baubranche, der Einzelhandel, Banken und die Werbebranche dem Finanzamt 1,34 Milliarden Euro schulden. Maier weist darauf hin, dass die Steuerrückstände somit zwar erneut rückläufig sind – per 31. Dezember 2009 hatten sie noch 1,378 Milliarden Euro ausgemacht – die Summe aber „immer noch unfassbar hoch“ ist. „Dass die Steuerrückstände im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen sind, gibt Hoffnung und ist eine weitere Bestätigung dafür, dass die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung greift“, so Maier.

ordneter Günther Kräuter eine entschlossene Vorgangsweise des Finanzministeriums. „Die derzeit vollstreckbaren Steuerschulden in der Höhe von sage und schreibe 1,34 Milliarden Euro sind rigoros einzutreiben. Es ist nicht einzusehen, dass Arbeitnehmer Monat für Monat ihre Steuerleistung automatisch zu leisten haben, Unternehmer ihre Abgabepflicht dagegen in gewissen Bereichen ignorieren“, so Kräuter.

Sozialbetrug: Maßnahmen der Bundesregierung wirken

Aus der Anfragebeantwortung des BMF geht weiters hervor, dass bereits effektive Maßnahmen gesetzt wurden, um Lohn- und Sozialbetrug einzudämmen. „Die Zahlen zur Bekämpfung des Sozialbetrugs sind erfreulich und zeigen, dass das Maßnahmenpaket der Regierung sehr erfolgreich ist“, so Abgeordneter Maier. ♦

Kräuter: Unternehmen müssen ihrer Steuerpflicht nachkommen

Angesichts der horrenden ausstehenden Steuerschulden aus den großen Abgabenarten Umsatzsteuer, Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer fordert SPÖ-Bundesgeschäftsführer, Nationalratsabge-

Nationalratsabgeordneter Johann Maier hat eine parlamentarische Anfrage an das Finanzministerium (BMF) betreffend „Steuerschulden von Unternehmen in Österreich“ gestellt. Aus der Anfragebeantwortung durch das BMF geht hervor, dass Österreichs Unterneh-

EUROPA

Energiegespräche im EU-Haus

SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian traf in Wien mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger zu Arbeitsgesprächen zusammen.

In konstruktiver und freundlicher Atmosphäre wurde im „Haus der Europäischen Union“ über die weitere Entwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes gesprochen. Auch die Schwerpunkte der Europäischen Kommission im Jahr 2011 und Vorhaben in Sachen Energieeffizienz waren Thema. Der deutsche CDU-Politiker Oettinger ist seit Februar 2010 für die europäische Energiepolitik zuständig. ♦



Kalin

SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian und EU-Energiekommissar Günther Oettinger nach den Gesprächen über die EU-Energiepolitik.

KULTUR

Vernetzungstreffen in Salzburg

Auf Initiative von SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger fand Anfang Februar in Salzburg ein Vernetzungstreffen der SPÖ-Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker statt.

KulturpolitikerInnen der Bundesländer trafen sich mit Abgeordneten des SPÖ-Parlamentsklubs und MitarbeiterInnen des Kulturministeriums in Salzburg. „Gerade in Zeiten der Budgetkonsolidierung gilt es, österreichweit mit lauter Stimme für Kunst und Kultur zu sprechen“, so Ablinger. Im Zentrum standen diesmal Berichte aus den Bundesländern und vom Bund zu aktuellen Fragen der Kulturpolitik. LH-Stv. LR David Brenner ließ es sich nicht nehmen, persönlich zu wichtigen Beispielen für Kunst im öffentlichen Raum in der Salzburger Altstadt zu führen. Die Treffen finden zweimal jährlich statt, das nächste ist für Herbst in der Steiermark im Rahmen des Steirischen Herbstes geplant. ♦

Die TeilnehmerInnen des Vernetzungstreffens, das diesmal in Salzburg stattfand.



SPÖ Klub



Der große Visionär

Das Durchdringen der Gesellschaft mit Demokratie war der Leitfaden der Ära Kreisky. Das wurde sowohl in Österreich mit seiner Reformpolitik deutlich, als auch auf internationaler Ebene. Mit Willy Brandt und Olof Palme war Bruno Kreisky eine der Säulen der Sozialistischen Internationale.

**„Nichts wäre grauslicher
als der Gedanke,
dass man nur administriert hätte“**

Bruno Kreisky in seinen Memoiren

Gerechtigkeit und Demokratie sind zeitlos“, würdigte Bundeskanzler Werner Faymann den großen Modernisierer und Visionär Bruno Kreisky anlässlich dessen 100. Geburtstags. Eine sozialere, eine gerechtere Gesellschaft, das war Kreiskys Ziel in all seinem Tun. Auch die ständige Demokratisierung war ihm ein Anliegen, das weit über die Reform- und Modernisierungspolitik hinaus von allergrößter politischer Bedeutung war. Kreisky agierte gemäß den Worten des französischen Politikers Edouard Herriot: „Wer die Demokratie stabilisieren will, muss sie in Bewegung halten.“ Wolfgang Petritsch, von 1977 bis 1983 Kreiskys Sekretär, erläutert, was das in der Umsetzung bedeutete: „Der eigenen Partei und Anhängerschaft die Notwendigkeit von Veränderungen plausibel machen, Medien und die Öffentlichkeit mit immer neuen Ideen und Überlegungen beschäftigt halten, die Opposition nicht Tritt fassen lassen, die Themen diktieren.“ Das Ergebnis war ein Modernisierungsschub, wie er nie zuvor in Österreich stattgefunden hatte. Soziales, Wirtschaft, Justiz, Familie, Schule, Universitäten, Kunst und Kultur – es gab kaum einen gesellschaftlichen Bereich, der von Kreiskys Reformpolitik und dem Klima des Aufbruchs und der Neuerungen nicht erfasst war.

Die Basis dafür bildete die Gewohnheit Kreiskys, mit Vertretern aller relevanten gesellschaftlichen Strömungen Gespräche zu führen, auch mit jenen, die nicht gleicher Gesinnung sind. So waren seine Kontakte zur Katholischen Kirche, vor allem zu Kardinal König, ausgezeichnet. Aber auch zu



Die „drei Musketiere“ der SI, Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky, im Garten der Kreisky-Villa.

Künstlern, zu Intellektuellen, zur Parteiung und natürlich zu Journalisten und Wissenschaftern pflegte er vielfältige Kontakte. So entwickelte Kreisky schon aus der Opposition heraus gemeinsam mit Experten Programme für alle Lebensbereiche, auf die dann in der Regierungszeit aufgebaut wurde.

Die drei Musketiere

Das Unterstützen und Fördern demokratischer Bestrebungen stand auch im Zentrum von Kreiskys außenpolitischem Engagement. Besonders in der Sozialistischen Internationale (SI) wurde der österreichische Sozialdemokrat zu einer Institution. Hervorstechend war Kreiskys enge Beziehung zu Willy Brandt und Olof Palme. Diese „drei Musketiere“ waren bestimmend für das sozialdemokratische Jahrzehnt der siebziger Jahre, wie der deutsche Journalist und Brandt-Biograf Peter Merseburger festhält. Kreisky und seine Genossen hatten mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Schlussakte von Helsinki sowie den darin enthal-

tenen Menschenrechts-Bestimmungen das Ende des Sowjetsystems eingeläutet. Gemeinsam machten sich Kreisky, Brandt und Palme für den Friedensprozess im Nahen Osten stark. Und auch die Nord-Süd-Politik wurde von den drei SI-Stars vorangetrieben. Wobei es jeweils persönliche Schwerpunkte gab. So war Kreiskys Hauptmetier aufgrund seiner Leistung der SI-Fact-Finding-Mission der Nahe Osten, später auch der Kampf gegen die globale Armut. Brandt, der von 1976 bis 1992 SI-Präsident war, leitete die Nord-Süd-Kommission der UNO, Palme war in der Abrüstungspolitik und der Afrika-Frage besonders aktiv.

Kreisky wollte gestalten

Lediglich zu verwalten, das wäre Bruno Kreisky zu wenig gewesen. Reform war für ihn ein andauernder Prozess in Richtung einer gerechteren Gesellschaft. Wobei ihm klar war, dass die Rahmenbedingungen stets wechseln. Demgemäß meinte Kreisky auch, dass Politik letztlich immer unvollendet bleibt. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Die Justiz-Reformen der Ära Kreisky

Sachbuch

Reiches Österreich

Der Wirtschaftshistoriker Franz Mathis geht in seinem Buch der Frage nach, wem wir unseren Wohlstand verdanken.

Ist unser Wohlstand unseren Regierungen, uns selbst, der Natur oder etwa dem Schicksal zu verdanken? Ist Österreich deshalb wohlhabender als andere Länder, weil wir fleißiger und gebildeter sind? Oder haben wir ganz einfach nur Glück gehabt? Der österreichische Wirtschafts- und Sozialhistoriker Franz Mathis beschäftigt sich in seinem Buch „Reiches Österreich“ mit genau jenen Faktoren, die die positive Entwicklung der heimischen Wirtschaft verursacht und vorangetrieben haben. Manche

seiner Befunde sind dabei überraschend – in jedem Fall aber regen sie dazu an, unsere eigenen und die Leistungen unserer Vorfahren zu überdenken. In seiner umfassenden Studie geht der Autor jenen Triebkräften nach, die zu unserem Wohlstand geführt haben. Und er zeigt, dass die Grundlagen moderner wirtschaftlicher Entwicklung bereits im Mittelalter geschaffen wurden. Das Buch ist ein ebenso lesenswerter wie informativer Streifzug durch die heimische Wirtschaftsgeschichte. ♦

Sammelband

Armut und Reichtum

Dieser Sammelband befasst sich mit der Verschärfung materieller und sozialer Ungleichheiten.

Behandelt werden Probleme wie etwa ungleiche Teilhabe- und Entfaltungschancen und die damit verbundene Pluralisierung der Lebensstile und Wahrnehmungsbzw. Bewertungskategorien. Verschiedene Aspekte dieser Fragen werden von den Autorinnen und Autoren in Essayform behandelt. Das Spektrum reicht von allgemeinen Fakten zu Einkommen, Privatverschuldung und Wertewandel über Lebensstilfragen wie etwa das Konsumverhalten bis hin zu Fallbeispielen aus der sozialar-

beiterischen Praxis der Jugend- oder Obdachlosenbetreuung. Hilde Weiss etwa teilt im Kapitel „Geteiltes Risiko oder Eigenverantwortung?“ ihre Erkenntnisse „zur Sozialstaatsdebatte aus Sicht der ÖsterreicherInnen“ mit den Lesern. Josef Hörl erörtert die „Lebensverhältnisse älterer Menschen“ und auch Kinderarmut und ländliche Armut werden thematisiert. Herausgeber sind die Historiker Michael Rosecker vom Renner-Institut und Sabine Schmitner vom Stadtarchiv Wiener Neustadt. ♦

Roman

Jeder stirbt für sich allein

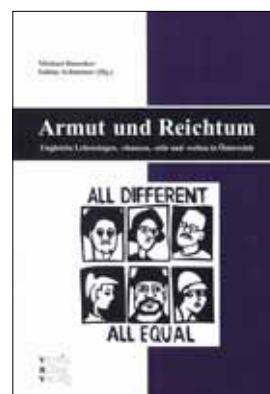
Über 60 Jahre nach der ersten Auflage erscheint der als Meisterwerk gelobte Widerstandsroman von Hans Fallada erstmals in ungekürzter Fassung.

Das Schicksal eines Berliner Ehepaares, das sich gegen das NS-Regime stellte und dafür 1934 hingerichtet wurde, war Vorlage für Falladas Widerstandsroman. In berührender Weise beschreibt Fallada den aussichtslosen Widerstand eines Ehepaares gegen das Hitler-Regime. Nachdem ihr Sohn im Zweiten Weltkrieg gefallen ist, schreiben Anna und Otto Quangel Botschaften des Widerstands auf Karten und verteilen diese. Die Eheleute glauben an

den Erfolg ihres leisen Kampfes gegen das Regime und ahnen dabei nicht, dass ihnen Kommissar Escherich längst auf der Spur ist. Von den New York Times als „Literarisches Großereignis“ bezeichnet, von Primo Levi als „das beste Buch, das je über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geschrieben wurde“ gelobt, bietet Hans Falladas Roman einen einzigartigen Einblick in das Leben des kleinen Mannes während des NS-Regimes. ♦

☐ Stk.


Franz Mathis
Reiches Österreich.
Fleiß oder Glück?
Haymon Verlag, Innsbruck 2011;
152 S., 9,95 €

☐ Stk.


Rosecker, Schmitner (Hg.):
Armut und Reichtum.
Verein Alltag Verlag,
Wiener Neustadt 2011;
405 S., 20,90 €

☐ Stk.


Hans Fallada:
Jeder stirbt für sich allein.
Aufbau Verlag, Wien 2011;
407 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zur Bestellung

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

SOZIALISTISCHE JUGEND

Teilnehmerinnenrekord beim „FemSem“



70 junge Frauen aus ganz Österreich nahmen von 18. bis 20. Februar am feministischen Seminar der Sozialistischen Jugend Österreich teil.

Das bereits legendäre „FemSem“ ging heuer im Jugendgästehaus Bruck/Mur über die Bühne und stand ganz im Zeichen des bevorstehenden 100. Jubiläums des Internationalen Frauentags. Das programmintensive Wochenende bot den Teilnehmerinnen eine spannende inhaltliche Auseinandersetzung in fünf verschiedenen Workshops wie zum Beispiel Antisexismus, Geschichte der Frauenbewegung, weibliche Sexualität, Rassismus oder Medienarbeit. Hilfreiche technische Inputs für musikbegeisterte Frauen wurden im DJane-Workshop am Samstagnachmittag vermittelt. Ein Höhepunkt war der Diskussionsabend mit der Historikerin Petra Unger, die über die Kämpfe der österreichischen Frauenbewegung und Perspektiven künftiger frauenpolitischer



Mit 70 Teilnehmerinnen war das diesjährige FemSem der SJ das Größte seit seinem Bestehen.

Auseinandersetzungen berichtete. Der Abend endete wie gewohnt mit einer ausgelassenen Party.

Hoher Stellenwert von Frauenfreiräumen

Eine gemeinsame Planung der Aktivitäten zum 8. März folgte schließlich am Sonntagvormittag im Plenum. Dabei wurde vor allem die große Frauendemonstration, die am 19. März in Wien stattfindet, hervor-

gehoben. „Die starke Beteiligung am heurigen FemSem zeigt, wie hoch der Stellenwert von frauenpolitischem Engagement und Frauenfreiräumen in der Sozialistischen Jugend ist. Eine eigenständige Frauenarbeit ist ein wichtiger Eckpfeiler einer feministischen und sozialistischen Organisation“, zeigte sich Laura Schoch, frischgebackene frauenpolitische Sprecherin der SJÖ, über den durchschlagenden Erfolg des Seminarwochenendes erfreut. ♦

STEIERMARK

Wir lassen uns nicht entmutigen



Frauenlandesrätin Elisabeth Grossmann lud anlässlich des Frauentagjubiläums zu einer Matinee nach Graz.

„Der diesjährige Frauentag zeigt einmal mehr, dass wir Frauen in den letzten 100 Jahren viel erreicht haben und darauf auch stolz sein können“, betonte die Frauenlandesrätin und Vorsitzende der SPÖ Frauen Steiermark. Vor mehr als 500 Besucherinnen und Besuchern in der Kulturhalle Hart verwies Grossmann auf Errungenschaften wie die Fristenregelung, das Gleichbehandlungsgesetz oder das Gewaltschutzgesetz. Viele Forderungen wie etwa „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sind allerdings nach wie vor aktuell. „Es liegt noch ein langer Weg vor uns, der kein leichter sein wird, aber wir lassen uns nicht entmutigen“, so Grossmann. ♦



Gallhofer

Mehr als 500 Besucherinnen und Besucher feierten bei der Matinee der SPÖ Frauen den 100. Frauentag.

NATURFREUNDE

Bergfilmfestival



Von 10. bis 20. März 2011 tourt das beliebte Edelweiß-Bergfilmfestival der Naturfreunde durch ganz Österreich.

Den Beginn macht die Dokumentation „Meru – Expedition zum Mittelpunkt der Erde“. Der Meru (6.750m) gilt in der altindischen Mythologie als Sitz des Gottes Brahma und ist durch seine Lage über der Quelle des Ganges einer der heiligen Berge Indiens. Der darauffolgende Film „Die Hirlatzhöhle – Momente des Staunens“ zeigt beeindruckende Szenen vom Leben in der Dunkelheit. Die Höhle liegt im Dachsteinmassiv, ist die zweitlängste Höhle Österreichs und durch seinen 270m hohen Schacht eine der größten Herausforderungen für Höhlenforscher aus der ganzen Welt. Den Abschluss bildet die Multivisions-Show „Den Sehenden die Augen öffnen“, die vom blinden Kletterer und Stargast des Bergfilmfestivals Andy Holzer kommentiert wird. ♦

Von Geburt an blind, meisterte der Kletterer Andy Holzer schwierigste Touren, hier in der Nordwand der Großen Zinne.



Naturfreunde

ÖSTERREICH 2020

Eine Vision für eine gleichgestellte Gesellschaft



Aus Anlass des 100. Frauentags stehen ab sofort die Ergebnisse der Österreich 2020-Diskursgruppe „Frauen“ im Internet unter www.oe2020.at zur Verfügung.

Im Rahmen des SPÖ-Zukunftsdiskurses „Österreich 2020“ haben unter der Koordination von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek in den letzten Monaten zahlreiche ExpertInnenrunden und Diskussionsgruppen getagt, um Visionen für eine gleichgestellte Gesellschaft zu entwickeln. Die dem Prozess zugrundeliegenden Fragen lauteten: Welchen Stellenwert haben die Frauen heute in der Gesellschaft? Was soll sich für die Frauen im Jahr 2020 verbessert haben? Wie kommen wir dem Ziel einer gleichgestellten Gesellschaft näher? Ziel war es, die Diskussionen möglichst offen zu gestalten.



Heinisch-Hosek möchte alle dazu einladen, die formulierten Visionen kritisch zu betrachten. „Es liegt an uns allen, diese Visionen nun mit Leben zu erfüllen.“

Großes Interesse an Diskussionsprozess

Zu Beginn wurde von der wissenschaftlichen Leiterin der Diskursgruppe Sybille Pirklbauer unter Einbeziehung zahlreicher ExpertInnen ein Thesenpapier

erstellt. In einer zweiten Stufe wurde das Papier in einem öffentlichen Diskursworkshop im Renner-Institut mit der Ministerin erörtert. Zahlreiche positive Rückmeldungen zeugten von dem großen Interesse, das an solchen Prozessen besteht. Jede und jeder Interessierte war zudem eingeladen, im Rahmen einer Online-Diskussion über Anmerkungen und

Kommentare an der Erstellung des Thesenpapiers mitzuwirken. Hunderte Frauen und Männer waren so über verschiedene Wege und Kanäle eingebunden, um mitzudiskutieren und mitzuarbeiten. Dieser Prozess wird unter www.oe2020.at fortgesetzt. ♦

BURGENLAND

Ehrung für Landeshauptmann Hans Niessl



Für sein Engagement um die Entwicklung des Burgenlandes überreichte Bundeskanzler Werner Faymann das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich an Niessl.

Faymann hob vor allem Niessls Engagement in den Bereichen Bildung und Beschäftigung hervor. „Die Burgenländerinnen und Burgenländer können stolz auf die Entwicklung ihres Landes sein. Viele der Erfolge, sei es in der Bildung, am Arbeitsmarkt oder in der Wirtschaft, tragen die Handschrift ihres Landeshauptmannes Hans Niessl“, so der Kanzler in seiner Laudatio. Bundespräsident Heinz Fischer betonte, dass die Verleihung gleichzeitig auch eine Auszeichnung für das ganze Burgenland darstellt. ♦



Landespresidenten Bgld.

Landeshauptmann Hans Niessl, Bundeskanzler Werner Faymann und Bundespräsident Heinz Fischer nach der Ehrung.

SOHO

Jetzt auch in Salzburg

In Salzburg gibt es seit kurzem eine Landesorganisation der SoHo (Sozialdemokratie & Homosexualität) – die sozialdemokratische Interessensvertretung für Lesben, Schwule und Transgender.



Den Vorsitz der neugegründeten Landesorganisation übernimmt Georg Djundja, der sich und seiner Organisation klare Ziele gesetzt hat: „Die SoHo wird sich in der Salzburger Parteienlandschaft für Bewusstseinsbildung, die Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen einsetzen.“ Unter den ersten Gratulanten waren LH-Stv. David Brenner und SPÖ-Geschäftsführer Uwe Höfferer, der die Unterstützung durch die SPÖ-Salzburg zusagte. ♦



SoHo

Georg Djundja (ganz re.) übernimmt den Vorsitz der neugegründeten SoHo Salzburg. (Im Bild mit SoHo-Bundesvorsitzendem Peter Traschkowitsch, 2. v. rechts)



SPD

Vorrang für das Kindeswohl

In Österreich wird das Thema „gemeinsame Obsorge“ derzeit kontrovers diskutiert. Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass es auch dort noch offene Punkte gibt. Eines sollte klar sein: Hier wie dort muss bei einer Neuregelung das Kindeswohl im Vordergrund stehen.



Fotolia

Vertragen sich die Eltern, ist die Obsorge kein Problem. Aber bei strittigen Scheidungen braucht es individuelle Obsorgeregelungen – sonst geht der Streit zulasten des Kindes weiter.

In Deutschland wurde 1998 das Kindschaftsrecht geändert. Für verheiratete Paare wurde bis dahin das Sorgerecht im Rahmen des Scheidungsverfahrens abschließend geklärt. In Streitfällen wurde in der Regel der Mutter das Sorgerecht zugesprochen. Im Vordergrund stand dabei ebenso wie heute das Kindeswohl. Aber auch die gemeinsame Obsorge war auf Antrag möglich.

Umstrittener Systemwechsel

Mit dem Gesetzgebungsverfahren 1998 wurde ein bis heute umstrittener Systemwechsel beschlossen. Bei vormals verheirateten Paaren wird seitdem davon ausgegangen, dass die gemeinsame Obsorge der Eltern im Interesse des Kindeswohls ist. Ein Abweichen davon ist nur auf Antrag möglich. In der Regel wird die gemeinsame Obsorge von den Gerichten bestätigt. Für ledige Väter wurden stufenweise die Rechte ausgeweitet. Während der Mutter bis 1998 das alleinige Sorgerecht zustand, sah das

Kindschaftsrechtsreformgesetz von 1998 eine erste Änderung vor: Mit Zustimmung der Mutter konnte ein gemeinsames Sorgerecht ausgesprochen werden, das den Vater einbezog.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte beauftragt Neuregelung

Da diese zustimmungsgebundene Regelung dem Vater jedoch keine Möglichkeit der richterlichen Überprüfung der Entscheidung der Mutter zugestand, beauftragten der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und das Bundesverfassungsgericht in ihren Urteilen der Jahre 2009 und 2010 die Bundesregierung mit einer Neuregelung der Gesetzeslage. Deren Auflagen lauteten dahingehend, die Transparenz der mütterlichen Entscheidung zu erhöhen und somit die Elternrechte des Vaters zu festigen.

Nach Angaben des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter e.V. kümmert sich die Hälfte der Väter in Deutschland

„Konkret gibt es in Deutschland bei Fällen der gemeinsamen Obsorge 23,4 Prozent Gerichtsfälle. Hat nur ein Elternteil das Sorgerecht, sind es lediglich 12,1 Prozent.“

nicht um ihre Kinder, ein Drittel zahlt keinen Unterhalt.

Da verwundert es nicht, wenn eine Studie der deutschen Expertin Kerima Kostka ergibt, dass sich der Streit beim gemeinsamen Sorgerecht eher in die Zeit nach der Scheidung verlagert. Konkret gibt es in Deutschland bei Fällen der gemeinsamen Obsorge 23,4 Prozent Gerichtsfälle. Hat nur ein Elternteil das Sorgerecht, sind es lediglich 12,1 Prozent.

Für Vermittlungsverfahren

Deshalb plädiere ich für ein Antragsmodell, das zunächst ein Vermittlungsverfahren vor dem Jugendamt vorsieht, wenn die Eltern kein einheitliches Votum zur elterlichen Obsorge abgeben. Kann im Rahmen dieses Vermittlungsverfahrens auch keine Einigung erzielt werden, soll der Vater die Möglichkeit erhalten, einen Antrag auf Mitsorge beim Familiengericht einreichen zu können. Das Gericht beurteilt die gemeinsame Obsorge dann nach dem Kindeswohl, das genau dann vorliegt, wenn der Vater in der Vergangenheit konstant Verantwortung getragen hat, die Eltern miteinander kommunizieren und ein Mindestmaß an Übereinstimmung herrscht. ♦

Elke Ferner ist Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Deutschland. Seit 2005 ist Ferner, die 1958 in Idar-Oberstein geboren wurde, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Von 2005 bis 2007 war sie stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

TERMINKALENDER

Donnerstag, 17. 3.

Diskussion „Natürlich essen“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt zum Thema „Natürlich essen“ zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion. Hans Ulrich Grimm (Journalist und Autor), Werner Lampert (Biopionier und Autor), Petra Lehner (Ernährungswissenschaftlerin) und Wolfram Siebeck (kulinarischer Kolumnist) diskutieren unter der Moderation von Zita Bereuter (FM4) und Peter Zimmermann (Ö1). „Was bedeutet bewusste Ernährung? Warum sollten wir anständig essen? Wie entkommen wir der Ernährungsdictatur? Kann die Menschheit ohne Massenproduktion von Lebensmitteln überhaupt ernährt werden?“ sind einige der Themen, die erörtert werden.

Anmeldung:

veranstaltungen04@parlament.gv.at

Beginn: 18.30 Uhr

Palais Epstein

Dr.-Karl-Renner-Ring 1, 1010 Wien

Freitag, 18. 3.

Vortrag Austro-Keynesianismus

Nach einer Begrüßung von Erich Fröschl (Renner-Institut) und einer Einleitung durch Kai Jan Krainer (Abg.z.NR, Sprecher für Budget und Finanzen der SPÖ) wird Robert Skidelsky (Wirtschaftshistoriker und Politikonom) einen Vortrag zum Thema Austro-Keynesianismus halten. Der Vortragende wird eine politisch-historische Bilanz ziehen und die aktuelle Relevanz für eine erfolgreiche österreichische Wirtschaftspolitik aufzeigen. Die zentrale Frage des Abends ist: Welche Elemente muss eine zukunftsorientierte österreichisch-europäische Wirtschafts- und

Gesellschaftspolitik haben, um erfolgreich Arbeit, Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt für alle Menschen in Österreich zu produzieren? Der Vortrag wird in englischer Sprache mit Simultanübersetzung erfolgen. Anmeldung:

(01) 804 65 01

post@renner-institut.at

Beginn: 19 Uhr

Börsensäle Wien

Wipplingerstraße 34, 1010 Wien

Montag, 21. 3.

Verleihung Bruno-Kreisky-Preis

Der Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch wird heuer an Hans Mommsen für sein publizistisches Gesamtwerk verliehen. Traude Bollauf (Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39) sowie Gregor Mayer und Bernhard Odehnal (Aufmarsch - Die rechte Gefahr aus Osteuropa) werden für ihre Bücher mit dem Anerkennungspreis geehrt. Nach der Begründung der Jury, die von Hannes Swoboda (Abgeordneter zum Europäischen Parlament) vorgetragen wird, werden die Preisträger zur Ehre sprechen.

Anmeldung:

(01) 804 08 74

post@renner-institut.at

Beginn: 20 Uhr

Prunksaal der

Österreichischen Nationalbibliothek

Josefplatz 1, 1010 Wien

Dienstag, 22. 3.

Vortrag „Frauen in Palästina“

Seit vielen Jahren unterstützt UN Women

Projekte verschiedener Frauenorganisationen in Israel und Palästina, die sich für den Friedensprozess und Empowerment von Frauen in der Region engagieren. Karin Reinprecht, die seit 2010 im Auftrag der UN in Palästina Projekte evaluiert und eine Strategie zur nachhaltigen Unterstützung und Förderung von Mädchen und Frauen erarbeitet, wird in ihrem Vortrag auf die Probleme und Chancen für die Gleichstellung von Frauen in Palästina eingehen. Ebenso wird sie darüber sprechen, mit welchen Projekten UN Women Geschlechtergerechtigkeit erreichen möchte.

Anmeldung:

(01) 589 80 423

elisabeth.gutenbrunner@ega.or.at

Beginn: 18.30 Uhr

ega: frauen im zentrum

Windmühlgasse 26

1060 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Ingo Höllinger,

Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl,

Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: picturedesk

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

quiz.frauen.spoe.at

Quiz rund um den „100. Internationalen Frauentag“

Im März 2011 wird „100 Jahre Internationaler Frauentag“ gefeiert. Anlässlich dieses Jubiläums haben die SPÖ Frauen ein Onlinequiz zusammengestellt. Der Bogen spannt sich von den Demonstrationen vor 100 Jahren für ein Frauenwahlrecht über die Zulassung von Frauen zur olympischen Disziplin des Marathons bis hin

zur aktuellen Frauenquote im österreichischen Parlament. Es wird auch viel Interessantes geboten: Wussten Sie dass das Frauenwahlrecht in Liechtenstein erst 1984 (!) verwirklicht wurde, während dies 1919 in Österreich bereits umgesetzt werden konnte? Wir wünschen viel Spaß und Erfolg beim Lösen des Quiz. ♦





Frauentags-Fahne gehisst

Anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Frauentag“ wurde am Haus der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle die Frauentags-Fahne gehisst. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die gemeinsam mit SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz an der Aktion teilnahm, betonte, dass „die Einkommenstransparenz ein wichtiger und notwendiger Schritt in Richtung gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist“.



Bundeskanzler trifft Kultmusiker

Bundeskanzler Werner Faymann begrüßte vor kurzem den irischen Musiker und Friedensaktivisten Bob Geldorf sowie den ägyptischen Schauspieler Khaled Nabawy (re. im Bild) im Bundeskanzleramt. Gesprächsthema war v.a. die politische Lage in Nordafrika.



Medienstaatssekretär empfängt Anwaltspräsidenten

Die 39. Präsidentenkonferenz der europäischen Anwaltsorganisationen tagte zum Thema "Medien - Freiheit - Rechtsstaat" in Wien. Medienstaatssekretär Josef Ostermayer empfing die Anwaltspräsidenten (im Bild mit Gerhard Benn-Ibler, Präsident des österreichischen Rechtsanwaltskammertags) und unterstrich, dass die Frage der Medienfreiheit größte Aktualität hat.



Besuch im Frauenhaus

Bei einem Besuch der Beratungsstelle der Wiener Frauenhäuser bedankten sich Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundeskanzler Werner Faymann (im Bild mit Geschäftsführerin Andrea Brem und der Vereinsvorsitzenden der Wiener Frauenhäuser Martina Ludwig-Faymann) für die "hervorragende Arbeit", die seit über 30 Jahren für die Frauen geleistet werden.